



An die
Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

GZ. BMVIT-13.000/0031-I/PR3/2016
DVR:0000175

Wien, am 7. September 2016

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Willi, Freundinnen und Freunde haben am 7. Juli 2016 unter der **Nr. 9860/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Souveränität Österreichs bei der Infrastruktur, insbesondere Telekommunikations-Infrastruktur gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 4:

- Welche Perspektiven zur Sicherung der Souveränität Österreichs bei der Telekom-Infrastruktur haben Sie bzw. Ihr Ressort im Einzelnen entwickelt?
- Welcher Zeithorizont bis zu den nötigen Entscheidungen ist diesen Überlegungen hinterlegt?
- Wie stehen Sie zur Herauslösung der Telekom-Infrastruktur aus der nunmehr im Mehrheitsbesitz und in der dank Gestaltung und konkreter Handhabung des Syndikatsvertrags nahezu alleinigen Verfügung der America Movil/AMX stehenden Telekom Austria und Rückführung in Staatseigentum?
- Welche Teile der Infrastruktur der Telekom Austria (Festnetz, Festnetz-Breitband, Mobilfunk-Infrastruktur) sollten gegebenenfalls davon umfasst sein?

In Bezug auf die Telekom Austria Group verweise ich auf das im Wege der ÖBIB (Österreichische Bundes- und Industriebeteiligungen GmbH) zuständige Bundesministerium für Finanzen.

Zu den Fragen 5 bis 8:

- Wie stehen Sie zur zuletzt (Tageszeitung „Die Presse“ vom 6.7.2016) von ÖBB-Aufsichtsratschefin und Ex-SPÖ-Staatssekretärin Brigitte Ederer in ihrer Rolle als Präsidentin des Verbandes der Elektro- und Elektronikindustrie vorgebrachten Anregung, die Netze der Telekommunikations-, Energie- und Verkehrsunternehmen zu einem „schlagkräftigen Infrastrukturkonzern“ zusammenzufassen?
- Wie stehen Sie zur in diesem Zusammenhang von ÖBB-Aufsichtsratschefin und Ex-SPÖ-Staatssekretärin Brigitte Ederer vertretenen Forderung, dass bis zu 49 Prozent dieses Infrastrukturkonzerns an Private abgegeben werden können?
- Wie stehen Sie insbesondere zur somit erhobenen Forderung a) die ASFINAG und b) die ÖBB-Infrastruktur AG zu 49% an Private abzugeben?
- Denken Sie nicht auch, dass wie von den Grünen vertreten, derart wichtige Infrastruktur im öffentlichen Interesse zu 100 Prozent im Staatsbesitz sein sollte?

Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass Telekommunikations-, Energie- und Verkehrsinfrastruktur wesentliche Elemente der Daseinsvorsorge und Grundlage für den österreichischen Wirtschaftsstandort sind und daher möglichst im Einfluss bzw. Eigentum der öffentlichen Hand stehen sollen.

In Bezug auf die in meinem Kompetenzbereich liegende Verkehrsinfrastruktur gilt, dass die Unternehmen ÖBB-Infrastruktur AG bzw. ASFINAG hervorragend aufgestellt und europaweit eine Benchmark sind. Es besteht daher keinerlei Anlass, Änderungen an den bestehenden Strukturen insbesondere in Bezug auf den 100-prozentigen Staatsbesitz vorzunehmen.

Mag. Jörg Leichtfried

